

## Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

26.03.2014 Drucksache 17/1114

## Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Erwin Huber, Eberhard Rotter, Jürgen Baumgärtner, Dr. Otmar Bernhard, Markus Blume, Klaus Holetschek, Sandro Kirchner, Alexander König, Walter Nussel, Ulrike Scharf, Dr. Harald Schwartz und Fraktion (CSU)

Elektrifizierung der Bahnstrecke Regensburg – Hof voranbringen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich beim Bund weiterhin mit Nachdruck für eine Aufnahme in den Bundesverkehrswegeplan der Elektrifizierung Regensburg – Marktredwitz – Hof gleichberechtigt mit der schon enthaltenen Elektrifizierung Nürnberg – Marktredwitz – Hof / – Schirnding einzusetzen und im Rahmen ihrer Möglichkeiten auf eine hohe Priorisierung und den notwendigen Lärmschutz für die Anwohner der Strecke hinzuwirken.

## Begründung:

Mit der Elektrifizierung der Strecke Regensburg – Hof kann die Kapazität des deutschen und bayerischen Schienennetzes im Rahmen des sogenannten Ostkorridors deutlich erhöht werden. Davon wird der langlaufende Schienengüterverkehr besonders profitieren. Doch auch im Personenverkehr ergeben sich für Ostbayern neue Perspektiven: Neben kürzeren Fahrzeiten und mehr Pünktlichkeit ist für den Personenverkehr mit dem elektrischen Betrieb ein deutlich wirtschaftlicherer Zugbetrieb möglich. Dies erhöht wiederum die Chancen auf die Wiederaufnahme des Personenfernverkehrs auf der Achse München – Regensburg – Hof – Leipzig/Dresden. Zudem erhöht sich die Qualität des Personenverkehrs auf der Strecke Würzburg – Nürnberg – Regensburg, weil der jetzt schon bestehende Engpass durch den Ausbau des Bypasses über Hof behoben werden kann. Nicht zuletzt bedeutet die Elektrifizierung einen wichtigen Schritt zur Schließung der großen Elektrifizierungslücke im nordostbayerischen Raum.

Vor diesem Hintergrund hat die Staatsregierung im März 2013 die Elektrifizierung der Strecke Hof – Regensburg für die Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans angemeldet. Berechtigterweise wird aus den Kommunen entlang der Strecke der Ruf nach angemessenem Lärmschutz im Zuge des Ausbaus laut. Da es sich um einen erheblichen baulichen Eingriff handelt, spricht vieles dafür, dass ohnehin eine umfassende Lärmsanierung verpflichtend angezeigt ist. Bei deren Durchsetzung bei Bund und DB ist auch die Regional- und Landespolitik im Interesse der Bürgerinnen und Bürger entlang der zu elektrifizierenden Strecke gefordert.